

# **Inflation und Beschäftigung**

## **Neuere Beiträge aus dem Theoretischen Ausschuß**

Von Hans-Jürgen Vosgerau

1. Anhaltende Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus bei gleichzeitig hoher und hartnäckiger Arbeitslosigkeit sind mit dem Grundgedanken keynesianischer Makroökonomik nicht vereinbar und daher für Anhänger der lange Zeit akzeptierten Globalsteuerung ein Ärgernis. Das Phänomen, seit Ende der 1960er Jahre manifest, hat eine wachsende Fülle von empirischen und theoretischen Versuchen der Klärung provoziert, ohne daß man sagen könnte, daß sich schon wieder eine „herrschende Meinung“ durchgesetzt habe, die ähnlich wie in den späten 1950er und bis in die späten 1960er Jahre hinein Grundlage eines Konsensus zwischen ökonomischer Wissenschaft und praktischer Wirtschaftspolitik werden könnte.

Die wissenschaftliche Diskussion, welche mit der Kontroverse zwischen Monetaristen und Keynesianern eingeleitet, durch die neue Keynes-Interpretation fortgesetzt, durch die Ungleichgewichtstheorie (bzw. Theorie der Gleichgewichte bei Mengenrationierung) mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie verknüpft und durch die Hypothese rationaler Erwartungen erweitert wurde, hat zu einer Menge von „Neo“- und „Neo-Neo“-Varianten keynesianischer und klassischer Elemente geführt. Darüber hinaus sind informationstheoretische und kontrakttheoretische Gedanken berücksichtigt, dynamische Ansätze eingeführt und außenwirtschaftliche Verflechtungen explizit hinzugenommen worden — um nur einige der wichtigeren Aspekte zu nennen.

Angesichts der Breite und Intensität der Diskussion entschloß sich der Theoretische Ausschuß, dem Thema seine beiden Frühjahrstagungen 1983 und 1984 zu widmen und die Referate im Zusammenhang zu publizieren, soweit dies der Umfang eines Sonderheftes dieser Zeitschrift und weitere Restriktionen zuließen. Die folgenden Beiträge stellen nun freilich kein homogenes Ganzes dar; auch wird nicht ein einfach zu definierender Teilbereich aus dem Komplex „Inflation und Beschäftigung“ abgehandelt. Das Verbindende erwächst vielmehr aus dem Selbstverständnis des Theoretischen Ausschusses als eines Forums wirtschaftstheoretischer Diskussion, wobei der Akzent eher auf neuen

Entwicklungen, auch noch nicht voll ausgereiften Ideen, als auf systematisierendem und informierendem Überblick liegt.

2. Vor allem in der Bundesrepublik spielt in der wirtschaftspolitischen Diskussion um Inflation und Beschäftigung immer wieder die Lohnpolitik eine wichtige Rolle. Während die Gewerkschaften behaupten, über aggressive Nominalloohnerhöhungen werde via Nachfragesteigerung die Beschäftigung gefördert (Kaufkraftargument), halten die Arbeitgeberverbände dem entgegen, die mit Lohnerhöhungen einhergehenden Kostensteigerungen wirkten vor allem negativ auf Produktion und Beschäftigung und damit inflatorisch.

*Herberg* und *Rohwedder* bieten einen Beitrag zur Klärung dieses Problems mittels eines rigorosen Modells an, welches nicht nur verschiedene Preissetzungsvarianten, sondern auch mehrere Strategien der Geldpolitik berücksichtigt. Lediglich bei Konstanzhaltung der Preise bzw. bei „mark-up“ auf die Gesamtkosten und überdurchschnittlicher Absorptionsneigung der Lohnempfänger können sich, unabhängig von der gewählten Geldpolitik, beschäftigungssteigernde Wirkungen aus einer Nominalloohnerhöhung ergeben. In allen anderen Fällen ist der Beschäftigungseffekt Null oder sogar negativ, woraus die Autoren den Schluß ziehen, daß das Produktionskosten-Argument im ganzen wohl besser fundiert sei als das Kaufkraft-Argument.

Methodisch handelt es sich bei diesem Beitrag um Partialanalyse in dem Sinne, daß der Lohnsatz nicht als endogene Variable erklärt, sondern als exogen bestimmter Parameter eingeführt wird, dessen Variation bestimmte Wirkungen auslöst. Damit unterscheidet er sich von jenen Analysen, die die Entwicklung von Lohnsätzen und Preisen, Produktion und Beschäftigung *uno actu* in einem Modell mit interdependenten Märkten erklären wollen.

3. Eine Schlüsselrolle in der Diskussion zu unserem Thema spielt die Phillipskurve, also der behauptete inverse Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Preisniveau- (ursprünglich Lohnsatz-)Steigerungsrate. Die Größe der Steigung, ja selbst die Existenz einer negativen Steigung sind ebenso in Frage gestellt worden wie die Stabilität des Zusammenhangs, der möglicherweise von zusätzlichen Einflüssen und Erwartungen überlagert und hierdurch bis zur Unkenntlichkeit entstellt werde. Mit diesem Komplex befassen sich die beiden Beiträge von *W. Franz* und *J. Kromphardt*. Der erstere — übrigens als Referat schon auf der Frühjahrstagung 1983 gehalten — gelangt aufgrund theoretischer Überlegungen und empirischer Analyse zu einer sehr steil verlaufenden Phillips-Kurve, die sich infolge verringerten Produktivitätswachstums zwischen den 1960er und den 1970er Jahren stark nach

rechts verschoben habe. Die Implikation einer annähernden Verdreifachung der Arbeitslosenquote, welche noch mit einer bei etwa 3% konstanten Inflationsrate vereinbar ist, bedarf freilich noch weiterer Erklärung.

In Anknüpfung an diesen Beitrag setzt sich *J. Kromphardt* vor allem sehr kritisch mit dem Konzept der „natürlichen“ Arbeitslosenquote und ihrer Implikation einer senkrechten Phillipskurve auseinander, wobei die verschiedenen Varianten der Hypothese „rationaler“ oder „informierter“ Erwartungen eine wichtige Rolle spielen. Im Ergebnis stützt Kromphardt den Phillipskurven-„trade-off“ und plädiert konsequenterweise für nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik. Daß dies im Ausschuß kontrovers diskutiert wurde, merkt man auch der schriftlichen Fassung noch an.

4. Die Annahme rationaler Erwartungen war einer der Grundbausteine der „Neuen klassischen Makroökonomik“ für den Nachweis der Ineffizienz keynesianischer Globalsteuerung. Hier lag deswegen lange das Zentrum der Kontroverse. Inzwischen hat sich freilich gezeigt, daß die Politikineffizienzbehauptung nicht für alle gleichgewichtigen Modelle mit antizipiertem Einsatz geld- und fiskalpolitischer Instrumente gilt. Vielmehr können solche Politikmaßnahmen, auch wenn sie erwartet werden, durchaus zu realen, güterwirtschaftlichen Konsequenzen und das heißt: zu Wirkungen auf Einkommen, Produktion, Beschäftigung und Reallöhne führen. Mit der bisher noch ungeklärten Frage, ob in solchen Modellen der Neuen Klassischen Makroökonomik „persistente und zyklische Schwankungen der Unterbeschäftigung“ auftreten können, beschäftigt sich *K. Jaeger* im vierten hier abgedruckten Beitrag, der über das diskutierte Problem hinausreichend deswegen interessant ist, weil er eine große Anzahl von Modellvarianten der Neuen Klassischen Makroökonomik vergleichend analysiert und einen Weg zu einer fast versöhnlichen Lösung der Kontroverse mit der Neo-Keynesianischen Makroökonomik weist, der auf solider modelltheoretischer Grundlage ruht: nach Jaegers eigenem Schlußwort „implizieren beide (die neue klassische und die neue keynesianische) Konjunkturmodellversionen grundsätzlich sehr ähnliche Stabilisierungspolitiken“. Die Erkenntnis, daß es vielfältige Verbindungen zwischen den beiden sich feindlich gebärdenden Lagern der „neoklassischen“ und der „neoklassischen“ Makroökonomien gibt, eröffnet sich freilich nur jenen, die bereit sind, sich in die Details der Verhaltenshypothesen, insbesondere der unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten auf den (aggregierten) Märkten der Volkswirtschaft und ihren Interaktionen zu vertiefen. Jaeger tut das für die neoklassischen Varianten; Ergänzungen zu diesem Komplex findet man in den Beiträgen von Jaeger und Ramser zum Ottobeurener Seminar 1983 zur Konjunkturforschung.



5. Der eingangs erwähnten Literatur über temporäre Gleichgewichte mit Mengenrationierung sind zwei Referate zuzurechnen, die beide anderenorts publiziert werden. Es handelt sich um V. Böhms Beitrag „Gleichgewichtstheorie mit Mengenrationierung und Keynesianische Theorie — eine Synthese“ und um U. Schittkos Arbeit „Keynesianische und Klassische Unterbeschäftigung in einem Zwei-Länder-Modell mit Finanzanlagemärkten“. Wesentliches Kennzeichen des auf Barro-Grossman, Malinvaud und andere zurückgehenden Ansatzes ist die Annahme (kurzfristig) starrer Preise, welche zu Situationen des Ungleichgewichts auf einem oder mehreren der aggregierten Märkte für Güter, Arbeit und Geld in der Volkswirtschaft führt. Über sog. spillovers werden auch die nichtbetroffenen Märkte beeinflusst; hinsichtlich der Fehlmengen erfolgen Rationierungen. Auf diese Weise gelingt nicht nur die Erklärung keynesianischer Unterbeschäftigung, sondern je nachdem, wo Rationierung erforderlich ist, auch jene klassischer Arbeitslosigkeit und jene zurückgestauter Inflation.

Schittkos Beitrag erweitert diese Modellstruktur durch Berücksichtigung von Finanzanlagen einerseits und Hinzufügung des Auslandes andererseits, so daß eine Fülle von internationalen Transmissionsmechanismen in einer Zwei-Länder-Weltwirtschaft modelliert werden können. Für einige von ihnen werden die Effekte der üblichen makroökonomischen Störungen detailliert analysiert, wobei die sehr komplexen Stabilitätsbedingungen besondere Aufmerksamkeit erfordern. Die Vielfalt denkbarer Fallunterscheidungen ist bisweilen verwirrend. Auch ist die für den gesamten Ansatz grundlegende Annahme starrer Preise problematisch — und dynamische Preisanpassungsmodelle zur Beschreibung längerfristiger Phänomene stecken noch in den Anfängen.

6. Dieses wesentliche Element für die Erklärung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, nämlich die Berücksichtigung zumindest kurzfristig (nach unten) starrer Lohnsätze, ist charakteristisch für keynessche Beschäftigungstheorie ebenso wie für die Theorie temporärer Gleichgewichte bei Mengenrationierung, welche die Starrheitsannahme auch auf andere Preise ausdehnt. Warum freilich Lohnsätze und Preise starr sein sollen, das wird in den genannten Theorien nicht eigentlich erklärt. Solche Erklärungen bedürfen nach Lage der Dinge einer mikroökonomischen Basis, die im wesentlichen auf einer Überprüfung der üblichen Idealvoraussetzungen für Preisbildungsprozesse in vollständigen Systemen vollkommener und kompetitiver Märkte beruhen muß.

Mit diesem, dem Thema Inflation und Beschäftigung vorgelagerten Komplex beschäftigt sich der Beitrag von E. Wolfstetter, der in einem der folgenden Hefte dieser Zeitschrift abgedruckt wird. Er entwickelt die noch junge Theorie optimaler, anreizkompatibler Arbeitsverträge

durch Berücksichtigung asymmetrischer Informationen weiter, so daß sie unter bestimmten Bedingungen unfreiwillige Unter- und Überbeschäftigung erklären kann. Das analytische Instrumentarium ist hier sehr verschieden von jenem der Makroökonomik, und auch die resultierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen liegen eher auf ordnungspolitischer Ebene als im Bereich ablaufpolitischer Globalsteuerung, werden doch bestimmte institutionelle Arrangements ins Auge gefaßt, durch welche die in der vorausgegangenen Analyse erkannten Mängel behoben werden könnten. Die Verbindungslinien zwischen dieser Sichtweise und der überkommenen Makroökonomik weiterzuverfolgen und zu verstärken, dürfte eine der reizvolleren und interessanteren Aufgabe für künftige Forschung sein — mit wichtigen politischen Implikationen.

7. Die Rolle des Staates für die Erklärung von Inflation ist ein altes Thema. Höhe und Steigerung der Staatsverschuldung, auch im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, sind immer wieder Gegenstand der Diskussion zu unserem Thema. Dabei zeigte sich, daß die einfachen Gleichsetzungen „Steuerfinanzierung der Ausgaben nicht-inflatorisch“, „Geldmengenfinanzierung inflatorisch“ und „Schuldenfinanzierung je nach Ausgestaltung inflatorisch oder nichtinflatorisch“ der Präzisierung bedürfen. Einen zentralen Aspekt aus dem letzteren Komplex behandelt *E. Baltensperger*.

Ausgehend von der Überlegung, daß zusätzliche Staatsverschuldung dann nicht als Erhöhung des Nettovermögens der Privaten angesehen werden kann, wenn diese die künftigen Belastungen aus Zinszahlungen — geeignet diskontiert — als Negativposten veranschlagen, argumentiert Baltensperger, daß in diesen Fällen keine Nachfrage- und Inflationswirkung zu erwarten ist. Für das Ergebnis spielt die Art der Zinszahlungsfinanzierung eine wichtige Rolle, welche über Steuern oder über Geldvermehrung („Inflationssteuer“) (oder eine Mischung beider) erfolgen kann. Da dies im voraus nicht bekannt ist, hängt vieles von der diesbezüglichen Erwartungsbildung ab — und diese kann durch Änderungen der Strategie staatlicher Schuldenpolitik auch kurzfristig merklich beeinflusst werden.

8. Vorstehende Übersicht und noch deutlicher die im folgenden abgedruckte Auswahl von Beiträgen aus dem Theoretischen Ausschuß lassen erkennen, wie auch deutsche Nationalökonominnen an der Suche nach einem befriedigenden makroökonomischen Paradigma beteiligt sind. Einige Charakteristika der sich entwickelnden Makroökonomik lassen sich zwar schon angeben: sie wird gewiß gründlicher mikroökonomisch fundiert sein und damit Anreizwirkungen ins Kalkül einbeziehen, sie wird monetäre und güterwirtschaftliche Aspekte integrieren.

ren müssen, Ungleichgewichte infolge von Preisstarrheiten und ihre Auswirkungen auf andere Märkte berücksichtigen, verschiedene Anpassungsgeschwindigkeiten auf den Märkten einbeziehen und die institutionellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen nicht außer Acht lassen dürfen. Doch fertiggestellt und damit als Ganzes zu besichtigen ist das Gebäude noch nicht.